

Bericht der Vorsitzenden und ihrer Stellvertreter_Innen für die Sitzungen der Bundesvertretung am 19.06.2020

COVID19-Hochschulgesetz und Verordnungen:

Durch die COVID19-Krise musste die ÖH Bundesvertretung Teile ihrer vor-Ort Arbeit einschränken und auf home office umstellen, dadurch verlangsamten sich einige Arbeitsprozesse, sowie Planungen von Projekten und Gremien.

Fokus lag vor allem auf der rasche und effektive Abhilfe für Studierende in dieser Krisensituation. Die Bekämpfung des Coronavirus seitens der Bundesregierung stellte auch Österreichs Studierende vor einer Reihe von Schwierigkeiten, die mit den bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Gesetzen (UG, HG, FHStG, PUG, StufFG, FLAG, etc) nicht gelöst werden konnten. Angesichts der damaligen rechtlichen Herausforderungen für die Hochschulen und Studierende brauchte es vor allem in den folgenden Punkten gesetzliche und einheitliche Lösungen:

- Rückerstattung der Studiengebühren im aktuellen Semester, sowie den Erlass dieser für das kommende Semester
- Ausweitung der Toleranzsemester
- Verlängerung der Bezugsdauer der Studienbeihilfe, sowie die Adaptierung des Nachweises des günstigen Studienerfolgs
- Erweiterung der Bezugsdauer bei der Familienbeihilfe, als auch ein Absehen vom Höchstbezugalter von 24 Jahren
- Umgang mit auslaufenden Studiengängen
- Abhilfe für Prüfungsantritte

Die Zusammenarbeit mit dem Ministerium auf allen Ebenen verlief von Beginn der Krise an meist reibungslos, dennoch waren die Begutachtungsfristen sehr kurzfristig. Weiterhin bestand auch dauerhafter Austausch mit weiteren Stakeholdern wie der uniko, um gemeinsam an Lösungen im Interesse der Studierende zu arbeiten. Als ÖH Bundesvertretung übten wir immer wieder Druck an den Bundesminister, sowie an das zuständige Kabinett aus, hier rasche einheitliche Lösungen im Sinne der Studierende zu finden, und keinen Flickenteppich an Lösungen an den einzelnen Hochschulen zu generieren. Die derzeit größte noch ungelöste Forderung, stellt die Rückzahlung der Studienbeiträge für das aktuelle Semester dar.

Erfreulicherweise haben dennoch diverse Forderungen der ÖH in das COVID19-Hochschulgesetz und die darauf basierenden Verordnungen Eingang gefunden. So wurde die Verlängerung der Bezugsdauer und temporäre Anhebung der Altersgrenzen der Familienhilfe und der Studienbeihilfe um mindestens ein Semester erreicht. Diverse studienrechtliche Fristen, allen voran die Nachfrist im Sommersemester 2020, wurden außertourlich verlängert und Mindestanforderungen für elektronische Prüfungen definiert. Bei Fachhochschulen wurde die Frist zum Nachweis der Zusatzprüfungen für Studierende mit einschlägiger beruflicher Qualifikation kann bis zum Ende des 4. Semesters verlängert werden.

Derzeit ist es, wie oben schon erwähnt, die wichtigste offene Forderung, einheitliche bundesweite Lösung für die Studiengebühren zu finden, um hier die Studierenden zu entlasten. Nach geltender Gesetzeslage können Hochschulen autonom entscheiden, den Studienbeitrag für einzelne Gruppen zu erlassen. Die derzeitige Situation mit derart breiten Auswirkungen wie diese Pandemie erfordert aber jedenfalls eine zentrale Entscheidung durch Gesetze und Verordnungen und eine Finanzierung durch den Staat. Durch diese Umstände sind nun viele Studierende mit Ängsten um die eigene Existenz konfrontiert und müssen sich die Frage stellen, ob sie ihr Studium weiterführen wollen, oder die Miete bezahlen sollen. Die ÖH Bundesvertretung wird weiterhin mit Nachdruck die Rückerstattung fordern.

Unsere Stellungnahmen zu den COVID-19 Hochschulverordnungen finden sich unter <https://www.oeh.ac.at/ueber-uns/stellungnahmen>

Distance Learning

Im Zuge der durch die Bundesregierung am 10.3.2020 verlautbarten, abrupten Umstellung der kompletten Lehre an Hochschulen auf "Distance Learning" kam es zum Teil zu massiven Problemen der Studierenden und Lehrenden. Obwohl durchaus vereinzelt Lehrende sehr souverän reagiert haben und alles an einen reibungslosen weiteren Ablauf des Lehrbetriebes setzten, lassen sich dennoch massive, flächendeckenden Mängel in technischer Ausstattung, Kompetenz und, trotz der widrigen Umstände, teils fehlender Umsetzungswillen von Lehrenden in Bezug auf Distance Learning feststellen.

Diverse Umfragen (unter anderem die Studie "Lernen unter COVID-19" der Uni Wien) unterstreichen diese Problematik, welche auch in allen Gesprächen mit Stakeholder_innen thematisiert wird, besonders.

Arbeitsgruppe Studienrecht

Wie im aktuellen Regierungsprogramm angekündigt, ist die ÖH Teil der Arbeitsgruppe Studienrecht gemeinsam mit uniko und BMBWF zur Novellierung des Studienrechts im Universitätsgesetz und Hochschulgesetz. Anfang Februar erfolgte die Aufforderung zur Nominierung durch die ÖH in die Arbeitsgruppe. Derzeit vertreten Adrijana Novakovic, Desmond Grossmann, Dora Jandl und Karoline Engstfeld die Studierenden in dieser Arbeitsgruppe. Die erste Sitzung fand Anfang April statt, diese Sitzung wurde aber durch die aktuelle COVID19-Krise, auch auf unseren Wunsch hin, für etwaige Klärungen und Austausch zur aktuellen Situation an den Hochschulen und den (damals anstehenden) COVID-19-Verordnungen im Hochschulbereich genutzt.

Die tatsächlich erste inhaltliche Sitzung erfolgte dann am 28.04.2020, in der es erste Sondierungen der inhaltlichen Standpunkte gab. Des Weiteren gab es in dieser Sitzung eine Präsentation der vom BMBWF beauftragten Studie zum Studienrecht im internationalen Vergleich. Anhand des Vortrags von Hedwig Unger (Professorin für Öffentliches Recht an der Uni Graz) fand ein Diskurs statt, wie das österreichische Studienrecht aussehen soll und welche Flexibilisierungen und Anreize für Studienanwärter_innen und Studierende geschaffen werden sollen.

Für die zweite Sitzung am 19.05.2020 wurde gemeinsam mit den zuständigen Referaten ein Positionspapier der ÖH zur anstehenden Novelle ausgearbeitet. In dieser zweiten Sitzung wurden konkrete Fragestellungen, wie zum Beispiel "Durch welche Maßnahmen kann das Studienrecht den unterschiedlichen Lebensrealitäten der Studierenden besser gerecht werden? Wie kann die Interaktion zwischen Universität und Studierenden gestärkt werden? etc." anhand eines

Fragenkatalogs des BMBWF behandelt und die Positionen der einzelnen Stakeholder (uniko und ÖH) konkretisiert.

Für die weiteren zwei Termine, im Juni bzw. Juli, wurde seitens der ÖH Bundesvertretung weitere Forderungen ausgearbeitet, wie zum Beispiel zu StEOP, Durchlässigkeit, Digitalisierung und Qualität der Lehre. Diese sollen in der kommenden Sitzung der Arbeitsgruppe präsentiert und besprochen werden.

Für die Vorbereitung dieser Arbeitsgruppe hat sich das Vorsitzteam vor allem mit dem Referat für Bildungspolitik, dem Referat für Pädagogische Angelegenheiten und dem Referat für Öffentlichkeitsarbeit mit dieser Thematik befasst. Am 7. und 8. März hat außerdem ein Vernetzungstreffen mit den Hochschulvertretungen der öffentlichen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen stattgefunden, um auch diese in die Planung und Strategie miteinzubeziehen. Zur weiteren Vorbereitung fanden auch ein Treffen mit der Vorsitzenden des Forums Lehre der uniko sowie Gespräche mit der Präsidentin der uniko statt.

Seitens des Ministerium ist es klar, dass ein Studiensystem braucht, welches einen klaren, raschen, als auch einen kompakten Weg für die Studierenden vorgibt, um ihr Studium abschließen zu können. Die ÖH Bundesvertretung fordert, dass das Studiensystem an der tatsächlichen Lebensrealität der Studierenden angepasst wird, vor allem für berufstätige Studierende. Hier braucht es vor allem eine flexible Studien- und Orientierungsphase, als auch eine Beratung die vor und während des Studiums den Studierenden angeboten wird. Dabei soll auch das Beihilfensystem sich an die tatsächlichen Lebensumstände angepasst werden.

Allen Beteiligten in dieser Arbeitsgruppe ist es ein Anliegen, ein Studienrecht zu erstellen, dass sich vor allem an die Lebensrealitäten der Studierenden und an die Anforderungen der Universitäten angepasst werden soll.

Unser Positionspapier zur Arbeitsgruppe Studienrecht 2020 finden sich unter <https://oeh.at/ppstr20>

Termin Bundesminister Heinz Faßmann

Das Vorsitzteam hatte Anfang März seinen Antrittstermin bei Bildungs- und Wissenschaftsminister Heinz Faßmann bei dem verschiedene Themen, die Studierende betreffen, besprochen wurden. Allen voran wurde der Forderungskatalog und der Zukunftsplan für Österreichische Hochschulen, welche von allen Fraktionen gestützt wird, vorgestellt. Hier gab es zum Teil positive Reaktionen vom Bundesminister.

Des weiteren war die vom Ministerium einberufene Arbeitsgruppe zum Studienrecht Thema. Auch wenn uns gegenüber das BMBWF noch kein konkreter Zeitplan geäußert hat, hat Faßmann klar gemacht, dass die Arbeitsgruppe noch vor dem Sommer ihre Arbeit abschließen und der dazugehörige parlamentarische Prozess in diesem Kalenderjahr finalisiert werden soll.

Die in den Presseaussendungen und verschiedenen Interviews angesprochenen Kürzungen von Prüfungsanträgen, weitere Zugangsregelungen und eine Überarbeitung der Studieneingangs- und Orientierungsphase werden weiterhin ein viel diskutiertes Thema bleiben. Auch eine mögliche Exmatrikulation bei Prüfungsinaktivität steht möglicherweise im Raum. Bei diesen Themen sind sich das Ministerium und die ÖH Bundesvertretung nicht einig.

Das BMBWF möchte ein Prüfungsmonitoring auf den Hochschulen einführen, so sollen die Hochschulen dazu angeregt werden, die Feedbackschleifen seitens der Hochschulen auszubauen. Dabei sei es wichtig, dass die aus dem Monitoring resultierenden Daten die Studierbarkeit der Studien aufzeigen sollen.

Auch wurden die aus der letzten ordentlichen BV Sitzung beschlossenen Anträge dem Bundesminister vorgestellt. Gemeinsam möchte man die reibungslose Bestellung von Rektor_innen ermöglichen, als auch die studentische Mitwirkung in Berufungsverfahren sicherstellen.

Im Zuge der COVID-19-Pandemie und der gravierenden Auswirkungen auf den Hochschulbereich fand Ende März ein weiterer Termin mit dem BM Faßmann per Skype Gespräch statt. In diesem Termin wurden sowohl die anstehenden legislativen Anpassungen im Hochschulbereich (siehe nächster Punkt) diskutiert, als auch weitere akute Probleme der Studierenden (vgl. publizierter COVID-19 Forderungskatalog) unsererseits an den Minister herangetragen.

Aktuell wurde ein weiterer Termin bei BM Faßmann angefordert, um vor allem über derzeit ungelöste Thematiken, allen voran die Rückerstattung der Studienbeiträge, erneut zu forcieren. Leider gab es, bis auf ein Telefongespräch mit dem BM, noch keine Fixierung eines Termins.

Vernetzung uniko

Das Vorsitzteam hatte seinen Antrittstermin bei der neu gewählten uniko Präsidentin Sabine Seidler. Dort hat man sich über das Regierungsprogramm, die aktuelle Lage von Studierenden auf Universitäten, den Forderungskatalog der ÖH Bundesvertretung, als auch den Forderungskatalog aller Fraktionen ausgetauscht. Des weiteren gab es vorab einen Austausch bezüglich der Arbeitsgruppe zum Studienrecht, die in der Zwischenzeit schon eingerichtet wurde. Ein wichtiges Thema war die Presseaussendung der uniko bezüglich Prüfungsaktivität, Prüfungswiederholungen und die Studierbarkeit.

Weiteres wichtiges Thema waren die Anträge der letzten BV Sitzung, die seitens der uniko sehr positiv aufgenommen wurden; hier sehen wir ein großes Potenzial für eine gute Zusammenarbeit, als auch eine gute Umsetzung unserer Forderungen.

Treffen Aufwandsentschädigungen

Im Jänner fanden abermals Treffen zum Thema Aufwandsentschädigungen mit den Hochschulvertretungen statt. Bei diesem wurden Erfahrungen ausgetauscht, und Verbesserungsmöglichkeiten und Ideen rund um das rechtlich komplexe Thema gesammelt. Diese Eindrücke werden einem der nächsten Gespräche mit der Kontrollkommission und dem BMBWF konsolidiert vorgelegt und diskutiert werden.

Vernetzung Arbeiterkammer und GPA-djp:

Wieder intensiviert werden soll der Kontakt mit Arbeiterkammer und GPA-djp in Bezug auf die Situation von Studierenden (v.a. rund um das Thema Praktika). Hierzu gab und gibt es regelmäßige Jourfixes, um den Austausch zu fördern, sowie auch gemeinsame Projekte: Die ÖH beteiligt sich bei einer Studie, die von Arbeiterkammer und GPA-djp in Auftrag gegeben wurde, die den Berufseinstieg von jungen Menschen untersucht und auch hier einen Fokus auf Praktika (im Rahmen des Studiums) legt. Im April gab es dazu einen Call mit den Zuständigen bei AK und GPA-djp sowie dem Institut, dass die Studie durchführt.

Personal

Die Corona-Pandemie stellte auch die Personalagenden vor eine besondere Herausforderung. Von 17.3. bis Anfang Juni waren alle Mitarbeiter_innen im Homeoffice, wobei vereinzelt Vereinbarungen

über punktuelle Anwesenheiten getroffen wurden, um den Minimalbetrieb (Post, Sekretariat, Buchhaltung) am Laufen zu halten. Mit Anfang Juni sind fast alle Mitarbeiter_innen wieder - unter Einhaltung diverser Sicherheitsvorkehrungen - im Büro, wobei bei einzelnen Angestellten auch weiterhin Regelungen getroffen wurden, um auf Kinderbetreuungssituationen oder Risikogruppen Rücksicht zu nehmen.

Mit Mai hat uns eine langjährige Angestellte in die Freizeitphase der Altersteilzeit verlassen, ein weiterer langjähriger Mitarbeiter wird mit Herbst pensioniert. Dafür wurde mit Juni eine neue Person eingestellt, um eine gute Übergabe zu gewährleisten.

Datenschutzagenden

Der Datenschutzbeauftragte der Bundesvertretung wurde (wie vereinbart) ersucht, den Hochschulvertretungen, die uns Datenschutzregister übermittelt haben, Angebote für die Übernahme des Datenschutzbeauftragten laut DSGVO für die jeweilige Körperschaft zu stellen. Da diese leider teils höher als erwartet ausfielen, treten wir nun in Gespräche mit Hr. Tremel, um günstigere Angebote für die Hochschulvertretungen zu ermöglichen. Aufgrund der COVID-19 Pandemie haben sich geplante Termine mit dem DS-Beauftragten verzögert, jedoch sind bereits Termin-Abstimmungen für je ein Treffen des DS-Beauftragten mit den Körperschaften und den Nicht-Körperschaften am Laufen. Des Weiteren wird es, wenn der Präsenzbetrieb wieder vollständig aufgenommen ist, auch intern eine "Tour" durch die Referate mit dem DS-Beauftragten geben, um aktuelle Prozesse, bei denen Daten verarbeitet werden, zu diskutieren, die Dokumentation dieser zu aktualisieren und zu optimieren.

Anfragen

Das Vorsitzteam war weiter mit der Beantwortung verschiedener Anfragen einiger Mandatar_innen beschäftigt. An dieser Stelle sei der Hinweis erlaubt, Anfragen, die per Mail geschickt werden, bitte immer direkt an die Personen (also an die namentliche Adresse) zu senden, von denen eine Beantwortung verlangt wird; sowie im Betreff der Anfrage ein wenig zu spezifizieren. Das Mailprogramm fasst Mails mit dem gleichen Betreff zusammen, was dazu führen kann, dass einzelne Mails untergehen.

HSG Novellierung

Das BMBWF ist an uns mit dem Wunsch herangetreten, das HSG in einigen Punkten zu novellieren. Zu diesem Zweck gab es ein erstes (virtuelles) Treffen mit der zuständigen Abteilung Anfang Juni. Bei dieser Gesetzesanpassung soll es vor allem um legislative Adaptierungen bei der ÖH Wahl (z.B. Ermöglichung der Nachnominierung auf Liste), Anpassung der Grenze von Körperschaften/Nicht-Körperschaften (dtzt. 1000 Personen) und Anpassungen zur PBN. Weitere Gesprächstermine werden im Laufe des Sommers stattfinden, eine ordentliche Begutachtung der Novelle ist für Herbst 2020 geplant.

Öffentliche Auftritte

Auch in den letzten Wochen war das Vorsitzteam in zahlreichen Medien vertreten. So war Desmond Grossman auf FM4 zu hören, indem er zur Sicht der ÖH zu verschiedenen Aspekten des Regierungsprogramms und der Novellierung des Studienrechts äußerte. Dora Jandl war u.a. im Ö1 Morgenjournal zu den vor kurzem gestarteten Registrierungsfristen der Aufnahmeverfahren an öffentlichen Universitäten zu hören. Dora Jandl und Adrijana Novakovic waren in der ORF Sendung

“Heimat Fremde Heimat” zu sehen. Außerdem gab es ein umfassendes Interview von Adrijana Novakovic im UniStandard mit der grünen Nationalratsabgeordneten Eva Blimlinger.

Weiters wurde das Vorsitzteam in Presse und Standard zum Thema Studierendenzahlen im Kontext von Aufnahmeverfahren zitiert.

Auch während der COVID19-Krise war das Vorsitzteam in diversen Medien und Print oft vertreten. So war Adrijana Novakovic zu Gast auf ORF3 und sprach über die Forderungen der ÖH Bundesvertretung an das Ministerium, dass vor allem die Studiengebühren für das Sommersemester 2020 rückerstattet werden müssten und kritisierte das mediale Zurückhalten des Bundesministers Themen die, die Studierenden betreffen, während der ganzen Krise.

Dora Jandl sprach bei der ZiB Nacht über die Performance von BM Faßmann im Umgang mit Problemen der Studierenden, sowie der mangelhaften Herangehensweise beim Thema Studiengebühren.

Desmond Grossmann hat in zwei ORF Interviews über die prekäre Lage der Studierendenheimen und den Problemen beim Wiederhochfahren des Hochschulbetriebes gegeben.

Des weiteren haben mehrere Radiointerviews mit dem Vorsitzteam, unter anderem in Ö3 und FM4, zum Thema Distance Learning, Praktika, Studiengebühren und den veränderten Bestimmungen für Aufnahmeverfahren, stattgefunden.